

Beschlusspapier Klausur der SPD-Bundestagsfraktion

am 6./7. September 2018 in Berlin

Sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land

Die SPD setzt konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land durch. Darum sind wir in die Regierung eingetreten. Die Große Koalition steht in der Verantwortung in diesem Herbst sozialpolitisch zu liefern. Die gesetzliche Rente muss dauerhaft stabilisiert werden, damit auch künftige Generationen im Alter abgesichert sind. Die Mieten dürfen nicht weiter explodieren und einen immer größeren Teil des Einkommens auffressen. Und wir müssen schnell neue Bildungschancen durch Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung und Qualifizierung eröffnen.

Neustart für stabile Renten

Wir haben einen Neustart für stabile Renten im Koalitionsvertrag gegen die Union durchgesetzt. Bis 2025 wird das **Rentenniveau** bei mindestens **48 Prozent** stabil gehalten. Die **Rentenbeiträge** der Arbeitgeber und der Beschäftigten werden gleichzeitig nicht über **20 Prozent** steigen. Das ist die **doppelte Haltelinie**. Außerdem werden künftig diejenigen besser abgesichert, die aufgrund von Unfall oder Krankheit nicht mehr arbeiten können. Und allen Eltern, die beruflich eine Pause eingelegt und sich um ihre vor 1992 geborenen Kinder gekümmert haben, werden diese Erziehungszeiten besser anerkannt. Das sind wichtige erste Schritte für mehr Verlässlichkeit bei der gesetzlichen Rente, die die Koalition bis Jahresende umsetzt. Damit die Finanzierung dafür auf einem soliden Fundament steht, werden wir die in diesem Jahr auf Vorschlag der SPD neu eingeführte **Demographierücklage** angemessen ausstatten.

Wir werden es aber nicht dabei belassen. Wir wollen die gesetzliche Rente **bis 2040** als zentrales Element der Altersvorsorge auf dem heutigen Niveau von **48 Prozent** stabilisieren. Damit auch die Bürgerinnen und Bürger, die heute schon seit 20 Jahren arbeiten und Beiträge bezahlen, sich auf ihre Rente verlassen können. Dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Ein reiches Land wie Deutschland kann sich das leisten – ohne das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Es geht hier nicht um utopische

Ziele, sondern schlicht um eine Frage der politischen Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik. Unsere Priorität ist eine stabile Rente - für ein solidarisches Land.

Mietenwende für bezahlbares Wohnen

Wir haben wichtige Schutzmaßnahmen für Mieterinnen und Mieter vor explodierenden Mieten in den Koalitionsvertrag hinein verhandelt. Am 5. September hat das Bundeskabinett auf unser Drängen hin das Mieterschutzgesetz von Justizministerin Katarina Barley beschlossen. Die SPD hat erfolgreich dafür gekämpft, dass die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag eins zu eins umgesetzt werden. Mit der Begrenzung der **Modernisierungsumlage** von heute 11% auf **8%** in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten ergreifen wir weitere Maßnahmen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter vor extremen Mieterhöhungen. **Gezieltes Herausmodernisieren** durch Investoren und Vermieter wird zukünftig mit **Strafen** von bis zu **100.000 Euro** belegt. Außerdem verbessern wir die **Mietpreisbremse**, indem die Vermieter vollständige **Auskunft** über die **Vormiete** geben müssen. So können Mieterinnen und Mieter erkennen, ob die von ihnen verlangte Miete rechtmäßig ist.

Und wir unterstützen die Länder und Kommunen dabei, den Wohnungsnotstand zu bekämpfen. Dafür ändern wir das Grundgesetz und ermöglichen damit ein dauerhaftes Engagement des Bundes für die **soziale Wohnraumförderung**. Insgesamt werden **2,5 Milliarden Euro** in den Jahren 2019 bis 2021 für den sozialen Wohnungsbau investiert. Auch künftig wird der Bund eigene Grundstücke günstiger an Kommunen übertragen, wenn diese bezahlbaren Wohnraum schaffen. Das fördert den Wohnungsbau in Ballungsräumen und hilft, die explodierenden Mieten zu dämpfen.

Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist jedoch so groß, dass wir uns mit den mühsam erkämpften Kompromissen des Koalitionsvertrags nicht zufrieden geben können. Um auch kurzfristig eine spürbare Entlastung für Mieterinnen und Mieter zu schaffen, sind zügig weitere Maßnahmen erforderlich. Wir akzeptieren nicht, dass immer größere Teile des Einkommens alleine für die Miete draufgehen. Es darf nicht sein, dass Mieten um ein Vielfaches schneller ansteigen als Löhne. Ein weiterer zentraler Baustein für bezahlbare Wohnungen ist der Kampf gegen Bodenspekulation. Das bedeutet auch, dass man bessere Mittel braucht um Brachen in den Innenstädten für Wohnungsbau zu mobilisieren.

Bildungschancen jetzt eröffnen

Wir haben im Koalitionsvertrag einen neuen Aufbruch für Bildung und Qualifizierung durchgesetzt, damit alle ein Leben lang die Chance auf bestmögliche Bildung bekommen - von der Kita bis ins Berufsleben. Familienministerin Franziska Giffey, Finanzminister Olaf Scholz und Arbeitsminister Hubertus Heil haben sich sofort an die Arbeit gemacht und Gesetzentwürfe auf den Weg gebracht, die nun von der Koalition zügig umgesetzt werden müssen: Mit dem **Gute-Kita-Gesetz** verbessern wir die Qualität der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung und bauen gleichzeitig die Kita-Gebühren ab. Das bedeutet: bessere Bildung und gleiche Chancen von Anfang an.

Mit einer **Grundgesetzänderung** sorgen wir dafür, dass der Bund in Zukunft die Länder und Kommunen mit Investitionen in **Bildungsinfrastruktur** unterstützen kann. Denn gute Schulen mit moderner Ausstattung sind die Grundlage für gute Bildung. Damit die Schulen mit der Digitalisierung Schritt halten können, werden zusätzliche Spielräume im Haushalt genutzt, um mit dem **Sondervermögen Digitale Infrastruktur** noch schneller als vereinbart finanzielle Mittel für den Digitalpakt Schulen zur Verfügung zu stellen.

Wer von Digitalisierung und Strukturwandel im Berufsleben besonders betroffen ist, kann sich künftig einfacher und besser weiterbilden: Denn das **Qualifizierungschancengesetz** öffnet die Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit für alle Beschäftigten – unabhängig von Alter, Betriebsgröße und Ausbildungsstand. Lohnausfall oder Kosten der Weiterbildung werden ersetzt und das **Recht auf Weiterbildungsberatung** wird ausgeweitet.

Aber wir müssen noch mehr tun. Allen jungen Menschen, unabhängig von Herkunft und Elternhaus, die Chance auf eine gute Ausbildung und einen erfolgreichen Start ins Berufsleben zu eröffnen, ist unser Ziel. Um das zu erreichen, hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen eine **Mindestausbildungsvergütung** für Auszubildende und eine **Reform des BAföG** durchgesetzt, damit eine gute Ausbildung und ein Studium keine Frage des Geldes mehr sind. Mit der Mindestausbildungsvergütung kön-

nen Azubis ihren Lebensunterhalt bestreiten und sich voll auf die Ausbildung konzentrieren. Mit einem ordentlichen BAföG wird das Studium für alle auch tatsächlich ermöglicht.

Wir erwarten, dass die Bildungsministerin sich nun auch an die Arbeit macht und die Gesetzentwürfe zur Umsetzung bis zum Jahresende auf den Weg bringt. Wir können nicht länger auf Bildungschancen warten!